



Solidarität hilft siegen!

ROTE HILFE

3. Jg. Nr. 1 Januar 1975

FREISPRUCH FÜR DIE ANGEKLAGTEN ANTIFASCHISTEN!

Freiheit für Hanns Marzini!

Am 28. und 30. Januar werden in München 4 Antifaschisten vor Gericht stehen, weil sie gegen den NPD-Bundesparteitag demonstriert haben. Für alle Arbeiter und Werktätigen, für alle Antifaschisten ist dieser Prozeß von großer Bedeutung. Eine Verurteilung in diesem Prozeß soll nicht nur den brutalen Polizeiüberfall auf die Protestdemonstration rechtfertigen. Sie stärkt auch den Faschisten, den Todfeinden der Arbeiterklasse, den Rücken.

Während das Treiben der Neonazis von Polizei und Klassenjustiz unter jeden erdenklichen Schutz gestellt wird, werden antifaschistische Kämpfer systematisch verfolgt. Neben der Verurteilung von Beate Klarsfeld beweisen dies Verfahren in Köln, Münster, Hamburg, Westberlin und anderswo.

Neben Klaus S., Arbeiter, Reinhard Ammer, Student (Mitglied des Kommunistischen Studentenverbandes), Trixi Holzmüller, Studentin (Mitglied der ROTEN HILFE und des Kommunistischen Oberschüler-

verbandes) steht der Agfa-Arbeiter Hanns Marzini vor Gericht. Bei den Landtagswahlen in Bayern hat dieser Genosse für die KPD kandidiert. Mit seiner Aburteilung will die Klassenjustiz ein Exempel statuieren; besonders die antifaschistischen Arbeiter und Werktätigen sollen eingeschüchtert und davon abgehalten werden, die große Tradition des antifaschistischen Kampfes fortzuführen.

Wenn es nach dem Gericht ginge, wäre der Prozeß überflüssig, weil das Urteil schon in der Schublade liegt. So heißt es bereits in dem Beschluß zur Ablehnung der Freilassung von Hanns Marzini aus der Untersuchungshaft: "Der Beschuldigte hat eine erhebliche Freiheitsstrafe zu erwarten. Die Verteidigung der Rechtsordnung erfordert bei Delikten der Art wie sie der Beschuldigte begangen hat (Hervorhebung der Red.), die Verhängung erheblicher Freiheitsstrafen."

Was haben die Antifaschisten für ein "Verbrechen" begangen? Die Demonstration gegen den NPD-Parteitag, zu der neben der ROTEN HILFE die KPD und weitere Organisationen aufgerufen hatten, wurde von der Münchner Polizei vor den Augen hunderter Passanten planmäßig überfallen. Nach Provokationen von zivilen Polizisten, die sich immer wieder unter die Demonstranten mischten und dort Schlägereien anzetteln wollten, nach der Identifizierung bekannter Kämpfer im Demonstrationzug nahm die Polizei ihre eigenen Provokationen zum Anlaß, um mit Greiftruppen auf die geordnete Demonstration loszustürzen. Mit den üblichen Anklagen (Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung) wurde gegen die 4 Genossen Haftbefehl erlassen.

Während 3 von ihnen nach 14 bzw. 18 Tagen aus der Haft entlassen werden mußten, wird Hanns Marzini bis heute festgehalten. Die Firma Agfa kündigte ihm wegen des Haftbefehls, der Haftbefehl wurde u. a. damit begründet, daß er keinen Arbeitsplatz mehr habe. Die Agfa-Kapi-

(Weiter S. 2)

Wer bereichert sich denn hier?

Die Jahreswende war für die Bourgeoisie mal wieder Anlaß, Maßhaltappelle an die Arbeiterklasse zu richten, sowie Sozialpartnerschaft und Lohnverzicht zu propagieren. Bundeskanzler Schmidt verkündete in seiner Neujahrsansprache: "Wenn wir alle zusammenstehen, wenn sich keiner auf Kosten des anderen bereichern will, dann können wir diese Erwartungen (gemeint sind) große Erwartungen in das neue Jahr, die insbesondere die Arbeitslosen haben würden/die Red.) weitgehend erfüllen!"

Darunter versteht Schmidt, "daß sich die Gewerkschaften, ... beim Aushandeln von Löhnen und Gehältern vernünftig verhalten. Wer zu hoch abschließt, der übersteigert die Produktionskosten, der gefährdet damit die Erträge der Unternehmen. ... Darauf kommt es ja 1975 an, das Erreichte zu erhalten".

Warum tut Bundeskanzler Schmidt so, als würden wir alle in einem Boot sitzen?

Die Arbeiterklasse soll die Folgen der Krise tragen, soll auf den selbständigen Kampf um höhere Löhne verzichten, soll die Senkung des Lebensstandards einfach hinnehmen. Denn heilig sind dem Herrn Bundeskanzler die Erträge der Unternehmen, die Profite der Kapitalisten.

Wir - sagt Schmidt. Er spricht für die Kapitalistenklasse und ihren Staatsapparat. Er spricht für diejenigen, die sich als Besitzer von Fabriken und Maschinen, als Grundeigentümer oder Schmarotzer in Verwaltung und Justiz tagtäglich auf Kosten der Arbeiterklasse bereichern!

Aber Schmidt dreht den Spieß um. Er behauptet im Kapitalismus könnte sich die Arbeiterklasse, die täglich ausgeplündert und ausgenommen wird, bereichern!!

Beispiel Arbeitslosigkeit: 8 Millionen warf die Bundesregierung im Rahmen des Konjunkturprogramms den Kapitalisten in den Rachen-

(Weiter S. 2)

Thieu bricht laufend das Pariser Friedensabkommen

Das Volk wird siegen

In den letzten Wochen begannen die USA-Imperialisten erneut eine Propagandaoffensive gegen den Kampf des vietnamesischen Volkes. In aller Welt verbreiteten sie das Märchen von der kommunistischen Großoffensive. Presse, Rundfunk und Fernsehen in der BRD und Westberlin über-

nehmen diese Lüge bereitwillig. Die bürgerliche Berichtserstattung versucht auf diese Weise zu vertuschen, daß der Verbrecher Thieu und seine Regierung völlig isoliert sind, sich allenfalls noch auf diejenigen stützen können, die in dem von den USA-Imperialisten finanzierten Mil-

(S. 2)



(Fortsetzung)

Freiheit für Hanns Marzini!

talisten leisteten der Klassenjustiz diese Schützenhilfe gern, weil sie kommunistische Arbeiter im Betrieb wie den Teufel fürchten!

Die Bedingungen, unter denen Hanns Marzini in U-Haft sitzt, sprechen für sich: Die ROTE HILFE-Zeitung an ihn wird beschlagnahmt. Kommunistische Zeitungen und Schriften - z. B. die ausgewählten Werke von Lenin - werden ebenso abgefangen, weil sie zum Klassenkampf aufrufen! Selbst ein Brief an den Genossen wurde wegen der Zeile "Terror des Staatsapparats" kassiert und der Staatsanwaltschaft zur strafrechtlichen Ermittlung übergeben.

Die Solidarität zum Prozeß wird groß sein. Gerade in der NPD, die den Anlaß zur Demonstration gab, sitzen zahlreiche Verantwortliche für Krieg und Terrorherrschaft, für den Tod von Millionen Arbeitern und Werktätigen, die den verbrecherischen Zielen des Faschismus zum Opfer fielen. So zum Beispiel:

- Wilhelm Schütz, seit 1928 Mitglied der Hitlerjugend, seit 1936 Mitglied der NSDAP, NS-Beauftragter für den Gau Hessen und SS-Haupt

sturmführer. 1969 NPD-Präsidiumsmitglied, Pressechef und Verleger des NPD-Parteiorgans "Deutsche Nachrichten";

- Prof. Dr. H. B. von Grünberg, Mitglied der NSDAP seit 1931, NS-Gauamtsleiter in Ostpreußen. 1969 im NPD-Parteivorstand.

- Emil Maier-Dorn, seit 1930 Mitglied der NSDAP, Leiter der Gauschulenburg Schwaben u. a. Seit 1969 Mitglied des NPD-Parteivorstands und Mitverfasser der NPD-"Musterreden".

- 300 der etwa 450 NPD-Funktionäre auf Landesebene und tausende auf Kreisebene, die schon früher faschistisch organisiert waren.

Rassismus und Ausbeuterinteressen propagiert das NPD-Programm: "Der Verschiedenheit unter Menschen und Völkern wird man... nur gerecht bei Anwendung des Grundsatzes, der seit Jahrhunderten im privaten Bereich und im Völkerrecht gilt: Jedem das Seine." Die Putschisten in Chile

und das Terrorregime in Saigon werden von der NPD gefeiert!

Gegen solch eine Partei zu demonstrieren, soll ein Verbrechen sein! Das darf niemand hinnehmen.

Jeder Arbeiter, der der SPD seine Stimme gegeben hat, muß sich jetzt fragen: Welche Politik betreibt die SPD zu diesem Prozeß? Keinen Finger hat sie für die Antifaschisten gekrümmt geschweige denn den Aufmarsch der Faschisten verhindert! Mit der Verwaltung der Interessen des Monopolkapitals in der Bundesregie hat diese Partei auch den "rechtsstaatlichen Schutz" für die Faschisten übernommen.

Die ROTE HILFE ruft alle antifaschistisch gesinnten Menschen auf: Übt Solidarität mit den Angeklagten! Unterzeichnet die Solidaritätsresolution!

Schreibt an Hanns Marzini, 8 München 90, Stadelheimerstr. 12 (JVA) SPENDEN gehen auf das Konto ROTE HILFE 001 096 214 Stadtpark. Dortmund Kennwort: H. Marzini

Veranstaltungen

Stuttgart: 19.1. - Mannheim: 20.1. - Hamburg 21.1. - Köln: 22.1. - Nürnberg: 23.1. - Dortmund: 24.1. **MÜNCHEN: 25.1.**

WER BEREICHERT SICH (Forts.)

Arbeitslosen sehen keinen Pfennig davon. Steuererhöhungen, Erhöhung der Krankenversicherungen, der Tarife für Post und Bahn, Erhöhung der notwendigen Lebensmittel zeigen die Bourgeoisie bereichert sich auf Kosten der Werktätigen!

Die ROTE HILFE wird im kommenden Jahr die Kämpfe der Arbeiterklasse unterstützen, die darauf gerichtet sind, ohne und gegen die Gewerkschaftsführung höhere Löhne zu erkämpfen. Wir halten nichts von Unterschriftensammlungen gegen Teuerungen, wie sie die DKP durchführt - als würden sich Bundesregierung und Kapitalisten davon beeindrucken lassen. Im Gegenteil, durch ihre Politik lenken die Revisionisten vom Kampf um höhere Löhne ab und verbreiten Illusionen über die Möglichkeit eines Preisstops im Kapitalismus.

Wir werden unseren Kampf gegen die Arbeitslosigkeit - für die sofortige Ausbezahlung des Arbeitslosengeldes verstärken, für die Einheit der ausländischen und deutschen Arbeiter, Männer und Frauen, Erwerbslosen und Erwerbstätigen! Das ist unsere Antwort auf die Maßhaltappelle und das Beschwören der Sozialpartnerschaft von Kapitalisten und Arbeiter durch SPD-Regierung und Gewerkschaftsbözen!

"Innere Sicherheit". - Gegen wen?

Zum Schutz gegen Kräfte, die "unsere demokratische Ordnung herauszufordern versuchen, will die Bundesregierung die "Mittel unseres

Rechtsstaates mit aller Konsequenz und Härte einsetzen". ... Denn: die "Terroristischen Kommunisten der Baader-Meinhoff-Gruppe haben uns beunruhigt." (Alle Zitate aus der Neujahrsrede/FAZ v. 2. 1. 75) Wen die Bourgeoisie fürchtet, ist klar: diejenigen, die für die Tagesinteressen der Werktätigen eintreten, für höhere Löhne, gegen Mietwucher und Bodenspekulation, für ein besseres Gesundheitswesen eintreten. Sie fürchtet diejenigen, die gegen imperialistische Expansionsbestrebungen und Raubzüge kämpfen, für den Sozialismus sind.

Die ROTE HILFE wird den Kampf gegen die Gewerkschaftsausschlüsse und politische Entlassungen verstärken, die gegen diejenigen verhängt werden, die entschieden gegen Lohnraupolitik und Sozialpartnerschaft auftreten.

Das Verteidigerausschlußgesetz wurde verhältnismäßig reibungslos verabschiedet. Im neuen Jahr Wenn die Bourgeoisie auch wütend um sich schlägt, dahinter verbirgt sich ihre Schwäche: ihre Unfähigkeit, mit Arbeitslosigkeit, Teuerungen, mit der weltweiten politischen und wirtschaftlichen Krise des Imperialismus fertig zu werden. Tag für Tag steckt der Imperialismus Niederlagen ein: die unterdrückten Völker, voran die Völker Indochinas kämpfen mit der Waffe in der Hand gegen die imperialistischen Hauptmächte. Staaten schließen sich zusammen, um Front gegen ihre wirtschaftliche Ausplünderung zu machen, Nationen kämpfen um Unabhängigkeit.

Lügen und Verleumdungen können gilt es, seine Anwendung zu bekämpfen, die Front gegen die Angriffe der Klassenjustiz zu verstärken und durch Hafthilfe zu verhindern, daß die Kämpfer im Gefängnis isoliert und von ihren Klassenbrüdern abgespalten werden. Auftakt dazu wird die Freikämpf des Genossen Marzini sein, weitere Schwerpunkte unseres Kampfes gegen die Klassenjustiz werden der Kampf um die Aufhebung der Terrorurteile gegen den Genossen Horst Mahler und gegen den Schauprozeß in Stuttgart-Stammheim sein, der voraussichtlich im Juli beginnen wird. Unter der Forderung: Freie Agitation und Propaganda für kommunistische und fortschrittliche Organisationen wird die Rote Hilfe die Solidarität im Kampf gegen die anstehenden Presseprozesse organisieren. nicht verhindern, daß das leuchtende Beispiel der VR China, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, der Demokratischen Republik Vietnam und Albaniens die Arbeiter und unterdrückten Völker bestärkt: sich zusammenzuschließen im Kampf für den Sozialismus. Es lohnt sich, für eine Gesellschaft zu kämpfen, in der die Arbeiterklasse an der Macht ist, wahre Demokratie für das Volk herrscht, in der es weder Wirtschaftskrisen noch Arbeitslosigkeit und Teuerungen gibt, sondern für die Bedürfnisse der Massen produziert und unverteilt wird! Kämpferisches Neues Jahr 1975 für alle unsere Leser!



Hanns Marzini

VIETNAM (Fortsetzung)

tär- und Verwaltungsapparat sitzen, daß Thieu ständig das Pariser Friedensabkommen bricht.

Was hat es nun mit der angeblichen Offensive der Kommunisten auf sich? In diesen Wochen, zur Zeit der Ernte, die überdurchschnittlich gut ist, versucht die Thieu-Clique mit ihrer Armee die befreiten Gebiete anzugreifen und die Ernte zu rauben. Thieu will so seine Mißwirtschaft ausgleichen und gleichzeitig die großen Erfolge des vietnamesischen Volkes bei wirtschaftlichen Aufbau der befreiten Gebiete zerstören. Nicht die Kommunisten, nicht das vietnamesische Volk verletzen das Pariser Friedensabkommen, sondern der Faschist Thieu, die von den USA-Imperialisten ausgehaltene Regierung mit ihrer Armee!

Das vietnamesische Volk hat gelernt: nur mit der Waffe in der Hand können die ständigen Überfälle und Raubzüge des Thieu-Banditen-Heers zurückgeschlagen werden. Die Stützpunkte und Garnisonsstädte, von denen aus sie ihre Raubzüge starten, bleiben nicht länger ungeschont: in diesen Wochen wurde die Stadt Phuoc Binh befreit und die Radarstation auf dem Gipfel des Berges "Schwarze Jungfrau", von der aus Vernichtungsflüge der Thieu-Bomber gesteuert wurden, gestürmt! Treten wir der antikommunistischen Hetze entgegen, verstärken wir die Solidarität mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk!

FÜR DIE STRIKTE EINHALTUNG DES PARISER FRIEDENSABKOMMENS! ALLES FÜR DEN SIEG DES VIETNAMESISCHEN VOLKES!

* 2. Jahre Pariser
* Friedensabkommen
* WESTBERLIN 25.1.
* Grossveranstaltung
* + Kundgebung

Impressum:

Herausgeber: Zentralvorstand der ROTEN HILFE, 46 Dortmund Burgholzstr. 13 - Tel. 0231/813763 Mo-Fr 18-19 Uhr
Vera i. S. d. PresseG: R. Pohl 46 Dortmund Burgholzstr. 13



KORRESPONDENZ

Deshalb kämpfe ich nun mit . . .

Birgit B., arbeitslos, berichtet in dieser Korrespondenz wie sie im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in Hamburg begonnen hat, mit uns die Forderungen der Arbeiter und Werktätigen gegen den SPD-Senat durchzusetzen. Gestern wurde ihr der Arbeitsplatz genommen, heute soll sie höheres Fahrgeld bezahlen. Aber Birgit B. tritt jetzt dafür ein, daß mit der Profitsanierung auf Kosten der Werktätigen einmal Schluß sein muß. Sie schreibt uns:

"Am 27. 12. 74 war am Hauptbahnhof eine Kundgebung gegen die Fahrpreiserhöhungen. Ich habe mir ein Flugblatt geholt und fand das sehr richtig, was da drin stand. Am Neujahrstag holten mich ein paar Genossen zur Sitzung vom Kampfkomitee Billstedt ab.

"Ich bin am 2. Oktober arbeitslos geworden und konnte daher keine Miete und Heizung bezahlen. Ich habe eine kleine Tochter, war aber im Oktober noch nicht volljährig. Ich wohne in einem Haus für alleinstehende Mütter der "Neuen Heimat", also einem sog. Sozialbau. Die Neue Heimat schickte mir eine Räumungsklage und das Sozialamt holte meine Eltern ran. Meine Eltern haben dann unterschrieben, daß sie voll für mich aufkommen wollen, haben es aber nicht getan. Darauf kriegte ich einen Nervenzusammenbruch und mußte ins Krankenhaus. Zu der Zeit steckte die Jugendbehörde gegen meinen Willen meine Tochter ins Heim, obwohl sie bei meiner Nachbarin hätte bleiben können. Nach 4 Wochen steckten sie sie schon wieder in ein anderes Heim. Dann kam sie zu meiner Mutter. Ich habe sie noch nicht einmal Weihnachten oder Silvester auf Urlaub bekommen. Die Jugendbehörde nahm mir das Kind weg, weil ich kein Geld hatte, um die HEW zu bezahlen. Daraufhin sagte ich, daß Freunde und Nachbarn mir was zu essen geben würden. Doch der Mann sagte mir, vagabundieren sei verboten und wollte mich zwingen, zu unterschreiben, daß ich meine Tochter zur Adoption oder Pflege freigebe. Das habe ich nicht getan. Jetzt ist sie immer noch ohne mein Einverständnis bei meiner Mutter.

Das Sozialamt gab mir zu Weihnachten nur die Hälfte von dem Geld, was mir zusteht. Sie waren so unverschämte, mir anzubieten, den Rest für am Tag 9 Stunden Arbeit bei nur einer 1/2 Stunde Pause für 8, 10 (!) DM im Sozialamt abzuarbeiten. Das habe ich abgelehnt, weil mir meine Arbeitskraft für das Geld zu schade ist.

Deshalb kämpfe ich nun mit, denn es kommt auf jeden einzelnen an. Nur in der Masse, wenn wir alle zusammenhalten, kann man was erreichen. Ich hab jeden Tag in der U-Bahn und auch auf dem Arbeitsamt mitgemacht, bin auch mal verhaftet worden, hab mich aber dadurch nicht vom Kampf abhalten lassen. Am 6. Januar haben alle Hamburger Kampfkomitees mit Unterstützung der Kollegen von den Werften einen organisierten Fahrpreisboykott durchgeführt, den ich gut fand. Die Forderungen der KPD und der ROTEN HILFE zur Arbeitslosigkeit finde ich richtig und werde deswegen im Hamburger Arbeitslosenaus-schuß mitarbeiten.

Birgit B.

Eine andere. . . Verbesserung in der Produktion sind die Maschinen, die der Kapitalist einführt. Die Wirksamkeit der Arbeit verstärkt sich bei der Anwendung von Maschinen um ein vielfaches; der Kapitalist aber kehrt diesen ganzen Vorteil gegen die Arbeiter: ausgehend davon daß die Maschinen einen geringeren Aufwand an körperlicher Arbeit erheischen stellt er Frauen und Kinder an die Maschinen und zahlt ihnen niedrigere Löhne. Ausgehend davon daß bei maschineller Produktion bedeutend weniger Arbeiter erforderlich sind, wirft er sie in Massen aus der Fabrik und macht sich die hieraus entstehende Arbeitslosigkeit zunutze um den Arbeiter noch stärker zu unterdrücken. den Arbeitstag zu verlängern dem Arbeiter die Nachtruhe zu rauben und ihn in ein einfaches Anhängsel der Maschine zu verwandeln. Die durch die Maschinen hervorgerufene beständig zunehmende Arbeitslosigkeit führt jetzt dazu daß der Arbeiter völlig schutzlos ist. Seine Geschicklichkeit verliert ihren Wert er ist leicht durch einen ungelerten Arbeiter zu ersetzen der sich rasch an die Maschine gewöhnt und gern bereit ist für niedrigeren Lohn zu arbeiten. Jede Regung zur Selbstwehr gegen einen noch stärkeren Druck des Kapitals führt zu Entlassung. Als einzeln ist der Arbeiter völlig ohnmächtig gegenüber dem Kapital. die Maschine droht ihn zu erdrücken.

Lenin, Werke Bd. 2, 94/95

INTERVIEW mit dem Arbeitslosen Freddy Jansen

ROTE HILFE: Freddy, Du bist seit Wochen arbeitslos. Warum wurde Dir gekündigt und welche Erfahrungen hast Du mit der Bürokratie auf dem Arbeitsamt gemacht?

Freddy: Ich bin am 10. 11. 74 wegen Auftragsmangels entlassen worden. Ich bin dann zum Arbeitsamt gegangen und von dort zu einer Firma zur Vorstellung geschickt worden. Die Arbeitsstelle habe ich aber nicht angenommen, weil ich zuwenig verdient hätte. Mein Arbeitslosengeld wurde daraufhin für 4 Wochen gesperrt. Von der Sperrfrist wußte ich nichts und man hat mir am Arbeitsamt vorher auch nichts darüber gesagt.

RH: Hast Du schon Arbeitslosengeld bekommen und wie hoch ist es?

Freddy: Nach 5 Wochen habe ich vom Arbeitsamt 270.- DM für 9 Tage bekommen, seitdem nichts mehr.

Für 1 Woche soll ich 180.-DM bekommen, also 720.-DM im ganzen

Monat für meine Frau, meine Kinder und mich. Vorher habe ich monatlich ca. 1056.- bis 1156.-DM verdient. Das Geld wird vom Arbeitsamt auf mein Konto überwiesen und ich sehe nichts davon. Miete, Anschaffungsdarlehn bei der KKB und Sparkasse und eine Rate bei Quelle werden direkt vom Konto abgebucht. Das sind 680.- DM und die 50.-DM, die übrig bleiben, muß ich für den Kindergarten zahlen. Licht und Gas sind bald fällig und ich weiß noch nicht, wie ich sie bezahlen soll. Aber das interessiert

Leute wie den Arbeitsamtsdirektor Ahl wenig.

RH: Du kämpfst seit einigen Wochen mit anderen Arbeitslosen, mit der ROTEN HILFE und der KPD zusammen für Eure Forderungen. Kannst Du darüber berichten?

Freddy: Vor dem Arbeitsamt wurde ich von einer Rote Fahne-Verkäuferin angesprochen, die mich zum Arbeitslosentreff eingeladen hat. Da bin ich das nächstmal hingegangen. Wir haben gemeinsam unsere Erfahrungen am Arbeitsamt besprochen und diskutiert, wie man für seine Forderungen kämpfen muß. Wir haben Flugblätter gemacht, die wir vor dem Arbeitsamt verteilt haben. Bei einem Polizeieinsatz wurden Flugblattverteiler festgenommen. Ich habe meine Flugblätter zusammengerollt und im Arbeitsamt weiter verteilt!

Die Ortsgruppe Dortmund berichtet:

Die Zahl der Arbeitslosen in Dortmund steigt ständig. Im Dezember 1974 waren es fast 12000. Wie Freddy Jansen wissen viele Arbeitslose kaum über ihre Rechte am Arbeitsamt Bescheid, müssen wochenlang auf ihr Arbeitslosengeld warten. Zur Schikane am Arbeitsplatz kommt bei den meisten die Sorge um die Familie, die Schulden und die Kündigungsandrohung des Vermieters. Zur Unterstützung der Arbeitslosen haben wir in der Nähe des Arbeitsamtes eine Beratung eingerichtet. Mit dem Geld aus einem Arbeitslosenhilfsfonds wollen wir materielle Hilfe bei krasser Not einzelner Arbeitsloser und ihrer Familien leisten und die kommenden Prozesse von Arbeitslosen gegen Arbeitsamt, Sozialamt und Vermieter bezahlen. Diese Unterstützung und der Arbeitslosentreff sind eine wirksame Hilfe. Ohne Illusionen schließen sich die Arbeitslosen zusammen. Aus Empörung und Haß nehmen sie den Kampf gegen das kapitalistische System auf, weil es hier solange Arbeitslosigkeit geben wird bis die Arbeiter den Sozialismus erkämpfen haben und an der Macht sind.

Haushaltsbuch eines Arbeitslosen

Arbeitslosengeld	720.-DM
Kosten für Dezember 1974 (ohne Lebensmittel!):	
1. Miete	287.-DM
2. Bank (KKB)	
Anschaffungsdarlehn	100.-DM
3. Stadtparkasse	
Anschaffungsdarlehn	50.-DM
4. Post-Rückzahlung	100.-DM
5. Quelle-Versand	
Kleidung	80.-DM
6. Licht und Gas	115.-DM
7. Kindergarten	50.-DM
Das sind zusammen für Monat	
Dezember	782.-DM

Hamburg: Rote Helfer im Kampf GEGEN FAHRPREISERHÖHUNGEN

Zwischen Weihnachten und Neujahr wollte der SPD-Senat in Hamburg klammheimlich schon wieder die Fahrpreise erhöhen. Als sich dagegen auf Initiative der KPD in den proletarischen Stadtvierteln Kampfkomitees gründeten, beschloß auch die Ortsgruppe Hamburg mehrheitlich, hier einzugreifen. Dabei wurde hervorgehoben, daß ROTE HILFE nicht nur bedeutet, den medizinischen und rechtlichen Schutz zu organisieren, sondern auch die aktive Beteiligung an den Kämpfen dazugehört. Klassensolidarität heißt, sich der täglichen Sorgen und Nöte der Arbeiter und Werktätigen anzunehmen und gemeinsam mit ihnen für die Durchsetzung ihrer gerechten Ziele einzutreten. Über den Erfolg dieser Arbeit berichtet die Hamburger Ortsgruppe:

Jeden Morgen um 5 Uhr beginnt zur Zeit unser Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen. Wir ziehen in Trupps durch die U-Bahnen, halten kurze Ansprachen, verkaufen Plakete und Broschüren, sammeln Unterschriften und fordern alle Fahrgäste auf, sich an dem Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen zu beteiligen. Ab 9 Uhr gehen Trupps aufs Arbeitsamt, wo die Roten Helfer ihre Erfahrungen, die sie dort im Verkauf von Rote Hilfe Zeitungen und Flugblättern gegen die Arbeitslosigkeit gesammelt haben, für den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen einsetzen. Unsere Forderung: "Freie Fahrt für Arbeitslose, Rentner, Lehrlinge, Studenten und Schüler" findet dort lebhafteste Unterstützung. Die Arbeitslosen rechnen uns vor, daß eine Fahrt von den Arbeitertrabantenstädten Mümmelmannsberg, Osdorf Born usw. in die Innenstadt, zum Arbeitsamt jetzt

3,80 DM kostet und daß sie das nicht bezahlen können.

Nachmittags finden dann an größeren Bahnhöfen Kundgebungen statt. Im Hauptbahnhof zogen wir einmal bei zwei gerade dort stehenden Nahverkehrszügen die Notbremse. Zwei Stunden konnten wir mit tausenden Kollegen über diese Kampffaktion und unsere Forderung: "Keinen Pfennig mehr als bisher - Einheits-tarif im Nahverkehr 70 Pfennig" diskutieren.

Der vorläufige Höhepunkt unseres Kampfes war am 6.1. der erfolgreiche organisierte Fahrpreisboykott. Bürgermeister Klose hatte die Flugblätter, die zum Fahrpreisboykott an den Landungsbrücken aufriefen, verbieten lassen, weil er nämlich solche Kampffaktionen fürchtet wie die Pest. Aus diesem Grund ließ er Kolonnen von Hundertschaften an den Landungsbrücken auffahren, zahllose Polizeispitzen herumstreichen, Polizei-



Werftarbeiter auf dem Weg zum Fahrpreisboykott

ketten im Bahnhof aufstellen. Eine Horde von Kontrolleuren sollte zum Einsatz kommen.

Tagsüber diskutierten Arbeiter in Betrieben und auf den Werften wie auch auf den Elbfähren über den in 25000 verbotenen aber verteilten Flugblättern angekündigten Fahrpreisboykott.

Aus einer Kundgebung heraus zogen Mitglieder der Kampfkomitees dann mit den Arbeitern von HDW und Blom & Voss in den U-Bahnhof; in heller Wut und Empörung wurden erste Polizeieinsätze zurückgewiesen. Polizeischläger und Kontrolleure waren machtlos: ein großer Strom von Werktätigen zog durch die Sperre ohne zu zahlen oder sich kontrollieren zu lassen. In großer Begeisterung und Kampfstimmung erscholl der Ruf: "KEINEN PFENNIG MEHR ALS BISHER - ORGANISIERTER FAHRPREISBOYKOTT"

UND EINHEITS-TARIF IM NAH-VERKEHR! Auf der Fahrt 10km weit bis Billstedt kam es zu kämpferischen und spontanen Ansprachen; eingeschlossene Polizeispitzen wurden aus den Waggonen geworfen.

Wir kämpfen mit Begeisterung gegen die Fahrpreiserhöhungen. Wir haben in diesem Kampf auch unsere besonderen Rote Hilfe Aufgaben angepackt. Den medizinischen Schutz und vor allem den rechtlichen Schutz galt es zu organisieren. Vorteilhaft ist uns dies bei Verhaftungen von sechs Kollegen im Bhf. Harburg gelungen, wo wir so fort damit begannen, unter den Umsteh-

enden Adressen für Zeugenaussagen zu sammeln, mit denen wir später vor den Schranken der Klassenjustiz beweisen werden, mit welcher Brutalität die Polizei scharf gemachte Hunde auf die Menschen hetzte. Kämpfer und Roter Helfer - das ist ein und dasselbe. Einige Rote Helfer stehen heute noch abseits. Sie begreifen Rote Hilfe nur als Hilfe für die Kämpfenden. Sie lassen sich von der Mutlosigkeit derjenigen Kollegen anstecken, die unseren Kampf zwar begrüßen, sich aber nicht einzureihen wagen.

Während wir gegen die weitere Verschlechterung unserer Lebensbedingungen kämpfen, propagieren wir die einzige Gesellschaftsordnung, die für die Massen die Lebensbedingungen entscheidend und dauerhaft verbessert: die Herrschaft der Arbeiterklasse, den Sozialismus.

Ortsgruppe Hamburg

FREISPRUCH IM PROZESS WEGEN FAHRPREISBOYKOTT

Am 16. Dezember stand in Münster der Genosse Elmar vor Gericht. Er war der "Beförderungserleichterung" angeklagt. Was hatte Elmar getan?

Als die Stadtwerke am 1.1.74 die Preise für Gas, Wasser, und auch die Fahrpreise zwischen 11 und 30% erhöhten, wurde auf Initiative des Kommunistischen Jugendverbandes (KJV) ein Komitee gegründet. Das mit der Forderung "Keinen Pfennig mehr als bisher!" gegen die Tarifierhöhungen kämpfte. Mit dieser Forderung war Elmar im Bus aufgetreten und hatte zum Fahrpreisboykott aufgerufen. Er sagte, daß der Boykott das einzige Mittel ist, um die Preiserhöhungen, die ein Angriff auf die Lebensbedingungen der Arbeiter und des Volkes sind, abzuwehren. Er hatte sich also gerade nicht die "Beförderung erschlichen"!

Als dann die Kontrolleure in ihrer Aussage bestätigten, daß es sich nicht um "Schwarzfahren", sondern um einen Fahrpreisboy-

kott gehandelt hat, mußte das Gericht die Anklage fallenlassen und Elmar freisprechen!

Ohne das mutige und klare Auftreten von Elmar, ohne die Solidarität in der Stadt wäre dieser Prozeß anders ausgefallen. Uns hat der Erfolg ermutigt, auch die nächsten Prozesse in Münster kämpferisch aufzugreifen. In diesen Prozessen sollen Menschen, die verhindern wollten, daß die Faschisten ihre schmutzige Propaganda in Münster betreiben, zu Kriminellen gestempelt werden. Und auch diejenigen, die den Mord an dem kommunistischen Arbeiter Günther Routhier durch Schläge der Polizei aufgedeckt haben, sollen angeklagt werden.

Spendensammlungen für die Prozesse sind schon geplant. Möglichst viele Verurteilungen zu verhindern und gerade im Kampf zu den Prozessen neue Menschen für die Solidarität zu gewinnen - das ist unser Ziel.

RH-Initiative Münster

BUNDESWEHRZERSETZUNG

Das Oberlandesgericht Celle hat den Einstellungsbeschluß des Landgerichtes Lüneburg im Verfahren gegen Klaus Öllerer aufgehoben! Klaus Öllerer wird wegen des Aufbaus eines Vietnam-Ausschusses in der Kaserne und seines Bekannntnisses zu den Zielen des Kom-

munistischen Jugendverbandes und der KPD wegen "Zersetzung der Bundeswehr" angeklagt. Der geplante Prozeß ist ein direkter Angriff gegen die KPD und den KJV und eine Provokation gegen alle Antimilitaristen und Antimperialisten!

Wieder Terrorurteile!

Stillschweigend hat das westberliner Landgericht im Dezember Ingrid Siepmann und Annerose Reiche zu 12 bzw. 7 Jahren Gefängnis verurteilt wegen angeblicher Beteiligung an einigen Banküberfällen.

Die Springer-Presse hatte wieder einmal maßgeblichen Anteil am Urteilsspruch. Tagelang hatte sie gehetzt, von Kriminellen, Terroristen und von Ingrid Siepmann als zweiter Ulrike Meinhof geredet. Soweit es den Blättern wie der BZ möglich war, riefen sie rechte Kreise regelrecht zum Mord auf, indem sie ihr unliebsame Personen genau beschrieb und Adresse, Zimmerlage, Etage usw. angab. Systematisch soll unter der westberliner Bevölkerung Mißtrauen gesät und zur Selbstjustiz aufgefordert werden. Welchen Kläglichen Erfolg diese Hetze hat, zeigte allerdings nicht zuletzt die Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus nach der Erschießung des Richters von Drenkmann. Alle bürgerlichen Parteien, der Senat, die Gewerkschaftsführung hatten aufgerufen. Es gab arbeits- und schulfrei, aber nur ganze 15000 Menschen kamen. Vor 6 Jahren waren es bei ähnlichen Aufrufen noch hunderttausende, vor 4 Jahren noch 80000, die sich für die volksfeindliche Politik der herrschenden Klasse mißbrauchen ließen. Heute kommen nur noch die Funktionäre der Bourgeoisie in einem Prozeß gegen den Genossen Horst Mahler noch einigermaßen

Schwierigkeiten, die politische Argumentation ganz herauszulassen, weil der Genosse entschieden auftritt, klar für das Proletariat Stellung nimmt und in jeder Frage den Klassencharakter der Justiz aufdeckt und angreift, so ist es dem Gericht in dem Prozeß gegen Ingrid Siepmann und Annerose Reiche gelungen, nicht mehr auf die politischen Ziele dieser Angeklagten einzugehen, sondern nur noch die "kriminellen" Taten zu behandeln. So war es leicht für das Gericht, die ungeheuerlichen Strafen zu begründen.

Doch der Anwalt der Angeklagten hat eines nochmal deutlich nachgewiesen: Die Staatsschutzbehörden erledigen ihren Auftrag, Aktionen revolutionärer Gewalt zu kriminalisieren, auf der Grundlage des Gesinnungsstrafrechts, bei dem politische Angeklagte sich von ihrer Gesinnung distanzieren müßten um freigesprochen zu werden. Und die Gesinnung berücksichtigen sie auch dort, wo Schiebung und Korruption im Parlament oder den Hinterzimmern der herrschenden Klasse dem Volk Millionen und Milliarden rauben. Diese wirklichen Schwerverbrecher werden nämlich erst gar nicht vor Gericht gestellt.

SOLIDARITÄT ERZWANG FREISPRUCH

Am 25.11.74 stand Gen. Wolfgang Conzelmann vor Gericht. Anklage: Schwere Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Sachbeschädigung anlässlich der Demonstration gegen die Ermordung Thomas Weisbeckers.

Die Ortsgruppe Kreuzberg hatte dort die Solidarität organisiert, wo der Genosse wohnt. Der Saal war überfüllt von Studenten aus seinem Wohnheim. Es konnte durchgesetzt werden, daß die insgesamt neun Polizeizeugen den Genossen im Zuschauerraum identifizieren mußten. Der erste Polizist tippte daneben. Der zweite "Zeuge" gab von vorne herein zu, den Angeklagten nicht herausfinden zu können. Der dritte endlich "schaffte" es. Er tat so, als würde er die Zuschauer mustern und sagte dann: "Der sechste von rechts". Aufgefordert, diesen zu zeigen, zählte er erst ab. Selbst das Gericht konnte diese "Leistung" nicht mehr verschleiern: die Bullen an der Tür hatten ihrem Kollegen Amtshilfe geleistet. Als wir nun die Plätze wechselten, rasten sie

immer häufiger rein und raus. Der nächste "Zeuge" war trotzdem völlig verblüfft, als nun an der erwarteten Stelle ein Mädchen saß, er gab auf. Der Staatsanwalt gab ebenfalls auf und verzichtete auf weitere Zeugen. Unverdrossen beantragte er unter dem Protest der Zuschauer acht Monate ohne Bewährung und sofortigen Haftantritt.

In seinem Schlußwort protestierte Wolfgang gegen diese Justiz, die im Namen der Gleichheit und Gerechtigkeit gegen die Polizeimörder von Thomas Weisbecker noch nicht einmal eine Hauptverhandlung eröffnete, während sie Genossen verfolgt und aburteilt.

Der Richter wagte nicht, sich über die Empörung der Anwesenden hinwegzusetzen: er sprach Wolfgang frei.

Gegen die eingeleitete Berufung durch den Staatsanwalt werden wir noch umfassender unter den Mitbewohnern und in seinem Studienbereich mobilisieren. Unsere Solidarität wird der Klassenjustiz eine erneute Niederlage bringen!

Brutale Behandlung im Nürnberger Gefängnis! Die ROTE HILFE fordert:

GERTRAUD WILL FREILASSEN!

Gertraud Will war am 24. April 1974 unter der Beschuldigung festgenommen worden, sie habe ihrem Verlobten dabei geholfen, aus dem Ur- laub nicht mehr in seine Haftanstalt zurückzukehren. Nach Ansicht der Polizei soll sie sogar eine "kriminelle Vereinigung" gegründet haben, wozu aber offenbar außer ihr niemand gehört. Es ist nicht das erstmal, daß für die Polizei zu einer "Vereinigung" im Sinne des Strafgesetzes zur Not auch einer genügt.

Seit dem vorigen Jahr kämpft die ROTE HILFE für Gertraud Will, die unter diesen fadenscheinigen Gründen unter übelsten Haftbedingungen eingesperrt wird!



Bild: Rote Helfer mobilisieren für G. Will

Nach ihrer Verhaftung war G. Will in den U-Gefängnissen Ainaach und Traunstein. Dort begann sie im Juli einen Hungerstreik, um gegen die völlig unzureichende medizinische Versorgung zu protestieren und die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Ihr Rechtsanwalt teilte mit: "Bereits am Tage ihrer Inhaftierung wies G. Will auf eine bei einem Unfall erlittene Kopfverletzung hin, die eine ständige ärztliche Behandlung notwendig mache. Nachdem nach 8 Tagen normalen Haftvollzugs das Amtsgericht München - Ermittlungsrichter Stürzer - die Isolierhaft angeordnet hatte, verschlechterte sich ihr Gesundheitszustand laufend. Am 22.5. wird G. Will von ihrem Hausarzt untersucht. Er kommt zu dem Ergebnis, die Haft könne folgeschwer für sie sein. Es bestünde die Möglichkeit, daß von einer Gehirnnarbe ausgehend durch die Haftzeit eine traumatische Epilepsie entstehen könne." Daraufhin beantragt die Verteidigung Haftverschonung.

Diesen Fall brachte die Ortsgruppe München der ROTEN HILFE an die Öffentlichkeit. Nach einer erfolgreichen Kundgebung vor dem Gefängnis Traunstein wurde Gertraud Will nach Nürnberg verlegt, weil dort angeblich die medizinische Versorgung besser sei. Genau das Gegenteil ist der Fall! Gertraud Will sitzt in Isolierhaft! Die Anstaltsärztin untersuchte sie kein einziges Mal. Stattdessen verabreichte sie ihr gegen ihren Willen Psychopharmaka (Seelische Betäubungsmittel, die Widerstand brechen sollen). Als G. Will sich daraufhin weigerte, sich von dieser Ärztin weiter "behandeln" zu lassen, wurden ihr sämtliche, auch die lebensnotwendigen Medikamente gesperrt. Die Folge: Ihr Gesundheitszustand verschlechtert sich von Tag zu Tag.

Unsere Ortsgruppe wird nun in Nürnberg dafür sorgen, daß dieser brutalen Unterdrückung ein Ende gesetzt wird! Wir fordern: Freie Arztwahl für G. Will! Sofortige Freilassung! Schluß mit der Isolationsfolter! Freiheit für alle politischen Gefangenen! OG Nürnberg

DAGYELI - PROZESS

1 Jahr hat die Frankfurter Staatsanwaltschaft gebraucht bis sie nun, am 27.1. vor dem Landgericht Frankfurt dem türkischen Patrioten Yildirim Dagveli den Prozeß machen will. Wie berichtet, wurde dem Genossen vom türkischen Geheimdienst in Zusammenarbeit mit der deutschen Polizei ein Waffenpaket untergeschoben und planungsgemäß von der Polizei gefunden.

Dagveli kämpft für die Befreiung seines Landes, der Türkei, vom Joch des Imperialismus. Er arbeitet an einer patriotischen

türkischen Zeitung ("Aydinlik") mit und übersetzte fortschrittliche Literatur. Zu plump war das Vorgehen der "Staatsschutzbehörden", um verdecken zu können, daß hier ein Kämpfer gegen den Imperialismus mundtot gemacht werden soll. Zu empörend aber auch, um die lange widerrechtliche Inhaftierung und die geplante Aburteilung hinzunehmen.

Die ROTE HILFE ruft auf zur **VERANSTALTUNG** zu dem Prozeß am Freitag, den 24.1. um 19 Uhr in der "Sozialstation" am Rohm- platz in Frankfurt-Bockenheim!

WESTBERLIN: ERFOLGREICHE SAMMLUNGEN IN VIELEN STADTTEILEN

Weihnachtshilfe für die politischen Gefangenen

In diesem Jahr haben politische und politisch aktive Gefangene zum erstenmal wieder Weihnachtspakete aus den Mitteln und Spenden der Arbeiter und Werktätigen Westberlins erhalten!

Gerade jetzt, wo die reaktionäre Hetzkampagne gegen die politischen Gefangenen durch den westberliner SPD-Senat nach dem Attentat auf den Justizbüttel von Drenkmann einen Höhepunkt erreicht hatte, setzte sich der Landesverband Westberlin zum Ziel, dem die praktische Solidarität der werktätigen Bevölkerung mit den politischen Gefangenen entgegenzusetzen. Einen günstigen Anlaß dazu bot das Weihnachtsfest. Denn dies ist - mit Ausnahme von 2 weiteren Festtagen im Jahr - die einzige Möglichkeit, den Gefangenen Pakete zu schicken.

Wir besannen uns darauf, wie es die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS in den Jahren 1925/26 verstanden hat, aus der Weihnachtshilfe für die politischen Gefangenen Massenkampagnen der proletarischen Solidarität zu entwickeln.

In dieser Zeit waren die Kerker der Bourgeoisie mit Tausenden von proletarischen Gefangenen gefüllt, die für die Befreiung der Arbeiterklasse gekämpft hatten. Die Gefangenen und ihre Familien wurden dadurch größter Not ausgesetzt, viele von ihnen jahrelang. Mit dem Verkauf von Weihnachtshilfemarken und dem Sammeln von Sachen organisierte die RHD großangelegte Solidaritätsaktionen in den Betrieben und Stadtteilen. Die überwältigenden Erfolge dieser beispielhaften Praktizierung von Klassensolidarität waren eine Stärkung des Kampfes der gesamten Arbeiterklasse.

Das Ziel, das wir mit unserer Weihnachtshilfe verfolgten, war in unserem Aufruf an die westberliner Arbeiter und Werktätigen klar ausgesprochen: "Gerade jetzt, zu einem Zeitpunkt der umfassenden Kriminalisierung und Verteufelung der politischen Gefangenen durch die herrschende Klasse muß unsere praktische Solidarität, muß jedes aus den Mitteln der Werktätigen zusammengestellte Weihnachtspaket an einen politischen Gefangenen gleichzeitig eine Kampfansage gegen die staatlich organisierte Hetzkampagne sein."

Die Ortsgruppen sammelten in den Stadtteile, besonders dort, wo die ROTE HILFE durch vergangene Aktionen bekannt war und dort, wo durch die Übergriffe des Staatsapparats die Werktätigen schon mit diesen Fragen konfrontiert wurden. So sammelte die OG Moabit ein Paket für Dieter Kunzelmann im Umkreis der Reformationskirche, wo Frau Zylke wohnt, die im Zusammenhang mit dem Attentat auf Drenkmann zeitweilig verhaftet war. Bei den Hausbesuchen spendeten viele kirchliche Mitarbeiter sofort Geld und Lebensmittel. Immer noch waren sie über das haltlose Vorgehen gegenüber Frau Zylke empört. Auch in den anderen Häusern dieser Stras-

se wurden wir meist freundlich empfangen. Viele spendeten kleinere Geldbeträge oder Lebensmittel. Auch Arbeitslose oder Rentner, die selbst wenig hatten, gaben etwas, nachdem wir erklärten, daß es uns nicht um karitative Unterstützung ging, sondern um Solidarität mit denen, die von denselben Leuten verfolgt werden, die auch für ihr Elend verantwortlich seien.

Die Sammlung für das Weihnachtspaket an Dieter Kunzelmann war gleichzeitig ein Beitrag zum Kampf für dessen Freilassung, konnten wir doch erneut mit vielen Werktätigen über die weiterdauernde unrechtmäßige Inhaftierung Kunzelmanns diskutieren und seine Kandidatur zu den Abgeordnetenhauswahlen für die KPD bekanntmachen. So ging ein Sammeltrupp zu den Werktätigen in Kunzelmanns Wahlkreis in Tegel, sammelte dort Geld für das Paket und leistete erste Wahlunterstützung. Daß das Ergebnis nicht so gut wie an anderen Punkten war, liegt daran, daß die ROTE HILFE in dieser Gegend bisher noch nicht gearbeitet hatte. Insgesamt kamen für Kunzelmanns Paket 76,50 DM sowie Schokolade und Tee allein aus den Mitteln der Arbeiter und Werktätigen zusammen! Unser nächster Besuch steht schon heute fest: Der Genosse Kunzelmann wird sich in einem Brief an die Spender bedanken und darlegen, daß die proletarische Solidarität eine entscheidende Stärkung der politischen Gefangenen für ihren Kampf im Knaast bedeutet und ihren Widerstandswillen gegen alle Isolationsversuche aufrechterhält.

Einen besonderen Erfolg brachte die Weihnachtshilfesammlung für den Arbeiter Dieter Hänisch, der durch einen brutalen Polizeiüberfall ins Gefängnis kam und jetzt wegen versuchten Mordes (!) angeklagt ist (siehe RHZ Nr. 9/74). Die Ortsgruppe Kreuzberg sammelte in dem Haus, in dem Dieter wohnte, in Nachbarhäusern und in umliegenden Kneipen. Am deutlichsten kam die Solidarität mit Dieter Hänisch in seinem Haus zum Ausdruck: Ein Mieter sammelte gemeinsam mit der Ortsgruppe 25.- DM, nur 2 Mieter verteidigten den Polizeiüberfall. Eine Mieterin

spendete sogar einen Weihnachtsstollen.

Insgesamt konnten an 8 inhaftierte Genossen teils Ess-, teils Bücherpakete durch die Häusersammlungen gepackt werden. Damit haben wir nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Solidarität mit den poli-

tischen Gefangenen geleistet, sondern auch einen Schritt zum richtigen Verständnis der Hafthilfe getan: Auch hier sind die Arbeiter und Werktätigen die entscheidende Kraft. Nur ihre proletarische Hilfe schafft die Klassensolidarität, durch deren Kraft einst die Besiegten von heute die Sieger von morgen sein werden.

Und wir haben eine weitere Erfahrung gemacht: Die großartig entfachte Hetzkampagne, die vom SPD-Senat und den bürgerlichen Blättern gegen die politischen Gefangenen und die ROTE HILFE angezettelt wurde, hat nicht in dem von diesen Herren erwünschten Umfang verfangen!

Landesvorstand Westberlin

SSK KÖLN

Der SSK (Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln e. V.) ermöglicht es durch seine Arbeit obdachlosen Jugendlichen Unterkunft, Arbeitsplätze und ärztliche Versorgung etc. zu verschaffen. Auf Wunsch der Genossen vom SSK ihre Anzeige:

"SSK e. V. - Straßenlieder mit Klaus dem Fiedler" Single-LP mit Textheft

Zu erhalten bei: SSK e. V. 5 Köln 1. Brüsseler Platz 16
Gegen Vorauszahlung von 4.-DM & 1,60DM Versandkosten
auf : SSK e. V.-Konto; Stadtparkasse Köln: 66142951

DORTMUND:

Die proletarische Selbsthilfe wächst

In unserer Weihnachtshilfsaktion unterstützten wir Lisbeth Taug, eine alte antifaschistische Kämpferin aus dem Dortmunder Norden und das KPD-Mitglied Uwe Maack.

Zu Hitlers Zeiten kämpfte Lisbeth T. gegen den Faschismus und weigerte sich, in einer Munitionsfabrik zu arbeiten. Sie wurde von der Gestapo geschnappt und durch 4 KZs geschleppt. Sie wurde so gefoltert, daß sie arbeitsunfähig ist und heute kaum die Treppe rauflaufen kann. Und was bekommt sie von diesem Staat? 240.- DM Sozialhilfe! Das ist der heutige sogenannte soziale Rechtsstaat, in dem die NPD-Faschisten demonstrieren und diejenigen, die dagegen protestieren, von der SPD-Polizei zusammengeschlagen und vor die Gerichte gezerrt werden.

Von Anfang an war es unser Ziel, nicht nur Lisbeth T. durch eine Sammlung in ihrer Straße zu unterstützen, sondern die Bewohner selbst in die proletarische Selbsthilfe miteinzubeziehen. Bei den Haussammlungen (Spendenergebnis: 100.-DM) trafen wir mehrere Rentner, Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose, die wie Lisbeth um ein menschenwürdiges Leben kämpfen müssen. Für die nächste Zeit haben wir uns vorgenommen, die vielen Interessenten zu einem Treffen bei Lisbeth einzuladen. Wir wollen mit ihnen beraten, wie die gemeinsamen Forderungen gegen das Sozialamt durchgesetzt werden können, wie wir z. B. er-

reichen können, daß Lisbeth die Brille, die sie seit einem 1/2 Jahr beantragt, endlich bekommt!

Der kommunistische Arbeiter Uwe Maack wurde aus politischen Gründen entlassen. Als er vor dem Werkstor seine Kollegen über die Gründe für seine Entlassung formieren wollte, wurde er von Polizisten mit vorgehaltener Pistole verhaftet. Im vergangenen Dezember wurde er wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 800.- DM Geldstrafe verurteilt. Da Uwe die BRD in seinem Schwur vor Gericht als einen Ausbiterstaat bezeichnete, soll ihm je noch ein Verfahren wegen "Verunglimpfung der BRD" angehängt werden. Unser Ziel war es 250.- DM für ihn zu sammeln. Wir haben Briefkastenverteilung mit ansender Häusersammlung, 2 Bas und eine Sammlung auf der MV (ROTE HILFE in NRW) durchgeführt. Bei vielen Gesprächen konnten wir deutlich machen, was dieser und andere Prozesse, verbunden mit den Gesetzen für den Strafprozeß in dieser wirtschaftlichen Situation bezwecken sollen - nämlich einschüchtern und der Arbeiterklasse vorzugaukeln, daß sich die Organisation des Widerstands nicht lohne. Wir zeigten, daß jeder Groschen in unserer Sammelbüchse ein Beweis proletarischer Klassensolidarität ist. So konnten wir die 250 DM für Uwe Maack zusammenbringen.

Ortsgruppe Dortmund

Spendet für die ROTE HILFE

— stärkt die Klassensolidarität!

"In der ROTEN HILFE zusammengeschlossen, unterstützen Arbeiter und andere Unterdrückte ihre kämpfenden und verfolgten Klassenbrüder durch politische, moralische juristische und materielle Hilfe, um zu verhindern, daß Einzelne aus der Kampffront herausgebrochen werden. ROTE HILFE ist proletarische Selbsthilfe" (Programm der ROTEN HILFE).

Die materielle Not der Werktätigen nimmt auch in der BRD täglich zu.

Die Bourgeoisie versucht, die existenzielle Not gegen den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterklasse auszunutzen. Durch Gewerkschaftsausschlüsse, Entlassungen und Berufsverbote, mit Geldstrafen, Gerichts- und Anwaltskosten soll die Existenzgrundlage der Kämpfer entzogen werden, damit sie in ihrem Kampf nachlassen. Das zu verhindern ist Aufgabe der materiellen Hilfe, die die ROTE HILFE organisiert.

Beispiel Aachen

Seit Oktober ist ein Aachener Rentnerhepaar in die RH eingetreten. Unter persönlichen Entbehrungen haben sich die Genossen Spenden an die ROTE HILFE vom Haushaltsgeld abgespart: einmal 120,- und einmal 100,- DM innerhalb von 3 Monaten - und das bei den ständigen Teuerungen!

Die Genossen schreiben dem Landesvorstand Nordrhein-Westfalen dazu: "Ich war seit 1919 Mitglied der Partei (gemeint ist die KPD/d. Red.). ... 1924 war ich einer der Mitgründer einer Rote-Hilfe-Gruppe, die noch bis zum Jahre 1936 funktionierte, also noch 3 Jahre in der Nazi-Herrschaft. Die ROTE HILFE ist uns beiden nichts Neues! Ich und auch die Mathilde (die Frau des Genossen), die auch in der Nazizeit illegal gegen den Faschismus arbeitete, wollen auch in unseren alten Tagen nicht resigniert beiseite stehen, sondern immer noch etwas tun, und anderen, die Jünger sind, Mut machen. ... Und die ROTE-HILFE-Organisation ist eine direkte Notwendigkeit! Und deshalb wird sie von mir und meiner lieben Mathilde unterstützt. Finanzen sind das Blut unserer Organisation, auch der ROTEN HILFE. Und deshalb habe ich am heutigen Tage zwischen 10-11 Uhr auf das Konto der RH 120 Dm überwiesen. Es ist zusammengepartes Monatsgeld - Das Sparen für eine gute Sache fällt mir nicht schwer. Allerdings geht es nicht ohne Selbsteinschränkung. ..."

Übrigens: der Genosse wurde aus

der DKP ausgeschlossen, nachdem er bei Aktivitäten der Ortsgruppe der Liga gegen den Imperialismus gesehen worden war. "Weil ich mit der chinesischen Maoistischen Regierungssympathisierere. ;2. Weil ich bei meiner Verteidigung erklärt habe, in der DDR gäbe es Bonzen in jeder Menge- 3. Weil ich erklärt habe, daß es einen friedlichen Weg zum Sozialismus nicht gibt!"

OG Bremen:

Die Ortsgruppe Bremen hat im Dezember eine Sammlungskampagne eingeleitet. Planziel: 1.000 DM bis Ende Dezember für den zentralen Finanzfonds.

Unter der Losung "Die Waffe der Solidarität darf nicht stumpf sein - Schaffen wir die materiellen Voraussetzungen für ROTE HILFE!" gingen

gen die Genossen an die Arbeit: - Sie besuchten sämtliche Ortsgruppenmitglieder berichteten über die Arbeit der Ortsgruppe und machten ihnen die Notwendigkeit materieller Hilfe an einzelnen Fällen deutlich. Viele Mitglieder verdoppelten ihren Mitgliedsbeitrag!

Unter dem Motto "ROTE HILFE tut not" organisierten sie ein Rote-Hilfe-Fest, auf dem sie Agitpropstücke (über die RHD und über den Sozialismus in Albanien) aufführten und einen Basar veranstalteten.

Über die Stücke wurde mit den anwesenden Werftarbeiter und ihren Frauen lebhaft diskutiert. Anfang Januar übergab die Ortsgruppe dem Zentralvorstand 1000,- DM!

SPENDET für die ROTE HILFE!

Verbessert unseren Finanzfonds durch regelmäßige Spenden!

Konto: Stadtparkasse Dortmund 001 096 214

(Postcheckkonto der Stadtparkasse: 841 00-469 / PSchA Dtmd)

München

Alte Kämpfer spornen uns an

In Straubing sitzt Rolf Heißler in Isolierhaft (siehe RHZ 9/74).

Am 13. Dezember führten wir dort eine Veranstaltung zum Hungerstreik der politischen Gefangenen und dem Kampf gegen die Isolationsfolter durch. Auf der Straße und in Kneipen, durch Flugblätter und Kleber wurde mobilisiert.

Dabei kam auf dem Straubinger Marktplatz eine alte Frau auf uns zu. Sie war 78 Jahre alt. "Was, die ROTE HILFE gibt es noch? Das ist aber sehr gut.", sagte sie erstaunt, als sie den Flugblattkopf gelesen hatte. Sie berichtete uns, daß es früher in Straubing eine Ortsgruppe der ROTEN HILFE gab, die über 100 Mitglieder zählte. Auch sie selbst war Mitglied und erzählte, von den brutalen Überfällen

der Faschisten, von der Verschleppung ihres Bruders und vieler anderer ins KZ, die dennoch die Roten Helfer nicht entmutigen konnten. Auch an die Geldsammlungen für Arbeitslose erinnerte sie sich.

"Richtig, daß Ihr auf die Straße geht", sagt sie. "Die DKP hier in Straubing macht ja gar nichts mehr. Die haben soviel Angst, daß sie es gar nicht mehr wagen, auf die Straße zu gehen. Aber die richtigen Kämpfer, die lassen sich nicht unterkriegen. Eines Tages werden die Arbeiter die Macht im Staat übernehmen. Da bin ich mir ganz sicher!"

Die Genossin arbeitet heute noch in der Gewerkschaft. "Die Gewerkschaftsbonzen sitzen auf den grünen Sesseln, die der Arbeiter mit sei-

nem Schweiß erarbeitet. Aber sie haben nichts mehr mit den Arbeitern gemeinsam, ich brauche mir nur die letzten Tarifrunden anzusehen. "Der erste Schritt zum Aufbau einer Ortsgruppe ist getan: Auf unsere Veranstaltung kamen 15 neue Straubinger, auch wenn gleichzeitig eine Konzert-Großveranstaltung von Amnesty International stattfand und außerdem ein großes Eishockey-Spiel.

Wir berichteten den Versammelten über die Isolationsfolter in den Gefängnissen. Die Rechtsanwälte von Rolf Heißler, die ihn am selben Tag besucht hatte, berichtete von seiner Haft. Das nächste Mal wollen uns die Anwesenden helfen, eine noch größere Veranstaltung durchzuführen - über das Programm und über die Arbeit der ROTEN HILFE insgesamt

Vorwärts im Aufbau der OG Straubing!

BESTELLSCHHEIN

Ich bestelle ... die ROTE HILFE-Zeitschrift zum Abonnements-Preis von:

Halbjährlich DM 4.80
Jährlich DM 9.60
Fördererabonnent DM 20,- jährlich

.....Stück Programm und Statut der ROTEN HILFE zum Preis Stück 1,- DM

Das Geld habe ich im voraus auf das Vertriebskonto der ROTEN HILFE, PostSchA Dortmund 37683-467 überwiesen.

Name
Adresse:
Beruf:
Unterschrift:

Bitte senden
ROTE HILFE
46 Dortmund
Burgholzstr. 13

Nordrhein-Westfalen:

Landesvorstand: 46 Dortmund, Heroldstr. 50, Tel.: 231/81 37 63, Montag 17-19 Uhr
Ortsgruppen: Köln: 5 Köln, Severinstr. 55, Dienstag, 17, 30-19 Uhr
Dortmund: 46 Dortmund, Heroldstr. 50, Montags 19 Uhr
Siegen: Kontaktadresse: Günter Will, 5242 Kirchen/Sieg, Hochstr. 12, PF: 65
RH-Initiative Münster: Sitzung jeden Dienstag, 19, 30 Uhr, Gaststätte Kronenburg, Hammerstr. 37

Bayern:

Landesvorstand: 8 Mü 8, Milchstr. 21, Sprechstunde: Mittwoch 17-19 Uhr
Ortsgruppen: München: 8-80, Milchstr. 21, Mittwoch 19 Uhr
Augsburg: Augsburg-Oberhausen, Eichlerstr. 1, Freitag 20 Uhr
Nürnberg: "S überner Ansoß", Auststr. 19, Mittwoch 19, 30 Uhr

Hessen:

Landesvorstand: 6 Frankfurt-Bockenheim, Mühlgasse 26, Tel.: 0611 / 77 65 01 (Mi+Mo 17-19 Uhr)
Ortsgruppe Frankfurt: " " " Sitzung Dienstag 20 Uhr
Sprechstunde Samstag 14-16 Uhr

Nord:

Landesvorstand: 2 Hamburg 50, Ottenser Marktplatz 7, Tel.: 040/39 26 73 (Di+Fr. 17-19 Uhr)
Ortsgruppen 2 Hamburg 6, Schulterblatt / Schanzenstr. im "Hierhaus", Mittwoch 19, 30 Uhr
Bremen: Gaststätte "Zur Eiche", Bremen-Vegesack

Baden-Württemberg:

Kontakt: ROTE HILFE c/o Internationale Buch- und Zeitschriftenhandlung
7 Stuttgart, Haßmannstr. 122 a
Ortsgruppensitzung: Stuttgart-Cannstatt, Gaststätte "Rosenau", Hallstr., Freitag 17 Uhr

Westberlin:

Landesvorstand: 1 Berlin 65, Togostr. 78, Tel.: 030/45 23 021 (Di Fr. 17-19 Uhr)
Der Landesvorstand kann Euch auch die Termine der Ortsgruppen Moabit, Wedding, Neukölln und Kreuzberg, sowie ihre Sprechstunden geben.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich möchte Mitglied der ROTEN HILFE werden.
Ich erkenne Programm und Statut an und verpflichte mich, monatlich DM Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Name:

Geburtsdatum:

Beruf:

Wohnort:

Straße:

Unterschrift:

Konto-Nr. 001 096 214 Stadtparkasse Dortmund.

**VOLKS
FEINDLICHE
GESETZE IM
STRAFPROZESS**

Justiz bei Fuss!

Wenn neue Gesetze zur Unterdrückung politischer Gegner benötigt werden, wenn dem Ausbeuterfrieden Gesetze im Wege stehen, die dem Volk formale Rechte einräumen, pflegt das Bonner Parlament mit großer Eile und in breiter Einigkeit ans Werk zu gehen. So war es auch bei der Verabschiedung der Gesetze zur Einschränkung der Rechte von Angeklagten und Verteidigern im Strafprozeß, die am 1. Januar in Kraft traten, nachdem sie von allen bürgerlichen Parteien im Schnellverfahren beschlossen worden waren.

Nach diesem Gesetz können Verteidiger ausgeschlossen werden, wenn "dringender oder hinreichender Verdacht" besteht, daß sie an der Straftat beteiligt waren, wenn der Umgang mit den Mandanten dazu mißbraucht wird, Straftaten zu begehen oder wenn der Verteidiger "dringend verdächtig" ist, die Sicherheit der Strafanstalt zu gefährden.

Im Klartext heißt das: Verdacht, Vermutungen, deren Nährboden die bürgerliche Presse und Politiker nachweislich schnell schaffen können, reichen aus. In keiner bürgerlichen Demokratie gibt es vergleichbare Einschränkungen der Verteidigung. Die SPD-Regierung kann sich rühmen, reaktionärer Vorreiter in der Legalisierung willkürlicher Beschneidung der Verteidigung zu sein!

WER KANN DAS BEZAHLEN?

In Zukunft soll ein Verteidiger

in einem Verfahren nur noch 1 Angeklagten verteidigen können. In Verfahren mit mehreren Angeklagten muß jeder einen eigenen Verteidiger haben - und bezahlen können. Für den Kölner Vietnam-Prozeß, der mindestens 1 Monat dauern soll und in dem 10 Demonstranten vor Gericht stehen, würden 10 Rechtsanwälte - niedrig gerechnet - 30.000 DM kosten. Dazu kommen Gerichtskosten etwaige Geldstrafen u. a.

Dies ist natürlich auch ein Mittel, der Arbeiterklasse die Verteidiger zu entziehen, obwohl scheinbar jeder einen Rechtsanwalt wählen kann.

Die Ordnungsstrafen wurden erhöht: "Störer" sollen zukünftig mit 2000 DM oder bis zu 6 Tagen Ordnungshaft bestraft werden können. Jeder, wünschen die Drahtzieher im Parlament, soll sich 5 mal überlegen, ob er an einer Gerichtsverhandlung teilnimmt oder nicht. Und weil die

Richter nichts mehr als das Volk, in dessen Namen sie angeblich sprechen, fürchten, wurde auch festgelegt, daß die Öffentlichkeit selbst bei der Urteilsverkündung ausgeschlossen werden kann!

POLITISCHE PROZESSE...

sind für die Bourgeoisie kein Zukerschlecken, weil Angeklagte und auch fortschrittliche Verteidiger die Rechte und die Interessen des Volkes auch im Gerichtssaal eisern verteidigen. Daher sollen zukünftig Erklärungen sowohl des Anwalts als auch des Angeklagten, "die nicht zur Sache gehören", untersagt werden können. Die ganze Willkür, die hier geplant ist, zeigt sich schon daran, daß der Richter entscheidet, daß die Erklärung nicht zur Sache gehört, ohne sie gehört zu haben! Weiter sollen Prozesse auch ohne den Angeklagten durchgeführt werden können, wenn dieser "absichtlich" verhandlungsunfähig ist. Nun, kein zusammengegeschlagener, kein unter Drogeneinfluß gebrachter Gefangener wird nach Ansicht des Gerichts nicht selbst die Schuld an der Brutalität der Aufseher und sog. Ärzte haben.

Damit sind nur die unmittelbarsten

Letzte Nachricht:

Polizeimord!

Ernst Wiesneth, Schüler, 18 Jahre, ist von einem Münchener Polizist nach einer Verfolgung jagd erschossen worden! Der Junge, der ohne Führerschein gefahren war, wurde von der Polizei verfolgt bis er gegen ein parkendes Auto raste und hinter der Steuer zusammensackte. Weil die Tür nicht öffnete, schlug ein Polizist das Fenster ein - und drückte aus kürzester Entfernung mit seinem Revolver ab. Nach dem Taxifahrer G. Jendry und anderen ist dies der 5. Polizeimord in den letzten Monaten. Ursache dafür ist die Politik der Aufrüstung und Verhetzung der Polizei. Wenn MEKs Bankräuber auf höchsten Befehl öffentlich bringen, wird den Polizeistreikern vorgemacht, daß Menschen feindlich sind. Verantwortlich für diesen Mord ist die Polizeiführung und die SPD-Regierung, die seit 5 Jahren diese Aufrüstungspolitik betreibt!

und gravierendsten Eingriffe in das Recht auf Verteidigung genannt. Freilich legalisieren viele dieser Gesetze nur, was politisch befürwortet wurde. Die Richter auch gegen die allseitigen Gesetzesvorschriften schon praktizierten. Die SPD-Regierung zweckt aber eine Ausrichtung des gesamten Justizapparats, um volksfeindlichen Methoden vorzuziehen. Und das durch Gesetze gerade das Richtige ist, um die "unabhängige Justiz" bis hin zum letzten Amtsrichter und auch liberal denkenden Richtern auf Vordermann zu bringen.

Immer mehr Prozesse müssen durchgeführt werden, um die Herrschaft der Ausbeuter zu sichern. Für die Herrschende ist die Lage bedrohlich: Sie wissen zu gut, daß Lohnraub und Arbeitslosigkeit, fortschreitende Entrechtung und Unterdrückung vor allem der Arbeiterklasse ein Pulverfaß für sie werden kann. Daher muß die Justiz zu einem absolut sicheren zuverlässigen und abschreckenden Unterdrückungsinstrument gemacht werden und zwar angesichts der erwarteten Massenkämpfe in viel stärkerem Umfang noch als bisher!

Der Kampf gegen die Gesetze in jedem einzelnen Prozeß gewonnen werden. Wir werden uns um Erklärungen vor Gericht schlagen. Auch zukünftig werden sich mehrere Angeklagte einen gemeinsamen Verteidiger bestellen. Und beim Angriff auf Angeklagte und Verteidiger wird es die Klassenjustiz noch mehr als bisher mit dem Widerstand der Massen und in ihren eigenen Reihen zu tun kriegen! Solidarität hilft siegen!

Ehrengerichtsverfahren gegen Erika Fischer

Am 23. Januar beginnt in München ein Ehrengerichtsverfahren gegen die Rechtsanwältin Erika Fischer, Verteidigerin von Sascha Haschemi im Antikriegstagsprozeß und Verteidigerin in zahlreichen anderen politischen Prozessen in München. Ihr wird von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, "sie habe die ihr obliegenden Pflichten, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und sich der Achtung und des Vertrauens würdig zu erweisen, welche die Stellung des Rechtsanwalts erfordert, schuldhaft verletzt." Angedroht sind in einem solchen Verfahren ehrengerichtliche Maßnahmen vom Verweis über Geldbuße bis zu 10.000 DM und zur Ausschlusung von der Anwaltschaft.

Die Vorwürfe betreffen die Vorfälle am 2. Verhandlungstag des Prozesses gegen Sascha Haschemi. Damals schloß Richter Gerhard die Öffentlichkeit aus, weil sie zu den Ausführungen des Angeklagten geklatscht hatte. Zur Räumung des Saales gab er 10 Minuten Zeit.

Damit war der große Augenblick für Staatsanwalt Sachse (Sachse wird immer von der Wirtschaftsabteilung an die politische Abteilung ausgeliehen, weil er dort wohl zu wenig zu tun hat) und einen Justizbüttel gekommen, die sich schon vorher fest vorgenommen hatten, die Besucher des Prozesses endlich mal zu bestrafen. Innerhalb von knapp 3 Minuten ließen sie die Saaltür absperren, sodaß niemand wegkonnte. Dann wurde zur Einschüchterung der etwa 14 Zuschauer eine Einsatzmannschaft von über 20 Polizisten in Helm und Kampfanzug auf-

gekommen. Inzwischen alle den Gerichtssaal verlassen hatten wurden auf dem Flur von ihnen die Personalien verlangt, einige wurden erkenntnisdienlich behandelt und ein Teil sogar bis zu einem halben Tag inhaftiert - alles wegen Verdacht auf Hausfriedensbruch!

Der Rechtsanwältin Fischer, die sich bei diesen Vorfällen auf Verlangen für die festgehaltenen Gerichtsbesucher eingesetzt hatte, wird nun vorgeworfen, sie habe zu einer Mandantin, die sich weigerte, sich der rechtswidrigen erkenntnisdienlichen Behandlung zu unterziehen, gesagt: "Wir wissen, daß hier in diesen Fällen immer festgenommen wird, auch ohne Rechtsgrundlage!" Einem anderen Mandanten soll sie, wie ein Polizist in Zivil erlauscht haben will, geraten haben, die Haare ins Gesicht zu tun, damit er nicht fotografiert werden könne. Dieser Mann hatte eine auffallend

hohe Stirnglatze und kurzes Haar!

Die offensichtliche Dummheit dieser Anschuldigungen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier um einen gezielten Angriff auf Strafverteidiger in politischen Verfahren handelt. Neben den jetzt durchgepeitschten Gesetzen zur Entrechtung der Angeklagten im Strafprozeß bis hin zum Ausschuß seines Verteidigers sind die Ehrengerichtsverfahren das Mittel, mit dem den Anwälten letztendlich auch Berufsverbot erteilt werden kann. Fortschrittliche und entschiedene Verteidiger sind der Klassenjustiz ein Dorn im Auge, weil sie um jeden Fußbreit kämpfen, um den Angeklagten im Kampf gegen Willkür, Entrechtung und Gesinnungsjustiz zu unterstützen. Wenn im Prozeß gegen Erika Fischer ein Zivilspitzel mit Dossiers über Prozesse, die sie geführt hat, auftritt, so zeigt dies, daß die Anwälte bereits in den Verfahren überwacht werden.

Das Recht auf uneingeschränkte Verteidigung vor Gericht muß als ein Recht des Volkes von uns entschieden verteidigt werden! Am Beispiel des Verfahrens gegen Erika Fischer gilt es, die Klassenfront gegen Entrechtung und Unterdrückung zu stärken!